



NIEDERSCHRIFT

über die 1. Sitzung des Schulträgerausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Donnerstag, 19.09.2019,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:05



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Kerstin Bommersbach

Christian Kolain

Sophia Maroc

Sitzung um 18.21 Uhr verlassen.

Oliver Wittmann

CDU

Kerstin Bernzott-Uhl

Susanne Burgdörfer

Vertretung für Frau Dorothea Müller.

CDU

Ralf Eggers

SPD

Paule Albrecht

Hermann Demmerle

Michael Fromm

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Stefan Maaß

FDP

Timo Niederberger



Die LINKE

Daniel Emmerich

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Michael Götz

Sitzung um 18.45 Uhr verlassen.

Ralf Müller

Schriftführer/in

Julia Mayer

Arbeitgebervertreter

Martin Kolb

Elternvertreter

Alexandra Blädel

Paula Di Corsi

Lehrervertreter

Annette Förster

Ralf Haug

Sitzung um 18.45 Uhr verlassen (vor TOP 7).

Nadja Jakobs

Wolfgang Peters

Manfred Schabowski



Abwesend

CDU

Dorothea Müller

Vertreten durch Frau Susanne Burgdörfer.

Elternvertreter

Eberhard Kerscher

Unentschuldigte Abwesenheit.

Lehrervertreter

Lisa Hartmann

Entschuldigte Abwesenheit.



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Änderungswünsche zur Tagesordnung bestanden auch nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Begrüßung insbesondere von Herrn Götz als Sachverständigen nicht.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Verpflichtung von Ausschussmitgliedern
3. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Landau
Vorlage: 400/130/2019
4. Information zur notwendigen baulichen Erweiterung von Grundschulen
5. Änderung von Grundschulbezirken
Vorlage: 400/131/2019
6. Information zum DigitalPakt Schule 2019 - 2024
Vorlage: 400/134/2019
7. Verlagerung und Neubau der Jugendverkehrsschule
8. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verpflichtung von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende verpflichtete die anwesenden Ausschussmitglieder, die bislang betreffend der Wahlperiode 2019-2024 noch nicht verpflichtet waren, durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten gem. § 30 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GemO) unter Verweis auf deren Rechte nach § 30 Abs. 1 GemO und deren Pflichten nach §§ 20, 21 und 22 GemO.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung für die Stadt Landau

Der Vorsitzende führte aus, dass betreffend der Schulentwicklungsplanung lange und intensive Diskussionen geführt wurden. Die Schulentwicklungsplanung lebe von der Fortschreibung, aktuell getätigt durch Fr. Dr. Reiner mann-Matatko.

In der Stadt herrsche viel Dynamik in Bezug auf die steigenden Bevölkerungszahlen, die dazu führten, dass mehr Kinder zu beschulen seien.

Man stehe in enger Abstimmung mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) und den Grundschulleiterinnen und Grundschulleitern.

Es sei an zwei Stellschrauben, nämlich der baulichen Erweiterung und der Veränderung der Schulbezirksgrenzen, zu drehen.

Der Vorsitzende übergab daraufhin das Wort an Hr. Müller, Leiter des Amtes für Schulen, Kultur und Sport der Stadt Landau, der die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 04.09.2019 nebst Anlagen, auf die im Rahmen der Niederschrift hingewiesen wird, in den wesentlichen Punkten erläuterte.

Hr. Müller verwies auf Seite 6 der Anlage zur Vorlage, die eine größere Änderung im Bereich des sog. Europaviertels aufzeige.

Das Stadtbauamt habe Prognosen in zeitlicher und quantitativer Hinsicht abgegeben, die in die Schulentwicklungsplanung eingeflossen seien und Fr. Dr. Reiner mann-Matatko als Grundlage dienten.

Insbesondere die Grundschulen (GS) Pestalozzi, Thomas-Nast, Süd und Wollmesheimer Höhe seien beleuchtet worden.

Weiter verwies Hr. Müller auf Seite 24 der Anlage zur Sitzungsvorlage, aus der sich entnehmen lasse, dass die Schülerzahlen an der GS Pestalozzi von 67 auf 122 Erstklässler steigen werden.

So würde die Schule von 12 auf 19 Klassen wachsen, wenn keine Änderung der Schulbezirke vorgenommen würde. Platzangebot bestünde ohne bauliche Änderungen jedoch lediglich für 16 Klassen.

Hr. Müller führte hierzu noch den Begriff "Teilerkind" aus, was bedeute, dass eine Klasse ab 25 Schülern geteilt werden sollte.

Bei der GS Thomas-Nast sei mit einem Wachstum von 12 auf 14 Klassen zu rechnen, wobei nur 12 Klassenräume zur Verfügung stünden.

Im Vergleich zu vorhergehenden Prognosen steuere man bei der GS Wollmesheimer Höhe auf eine 15., nicht auf eine 16. Klasse zu.

Alles in allem sei ein Fehlbedarf zu erkennen.

Betreffend der GS Queichheim solle es laut Beschluss des letzten Jahres keine Schulbezirksänderung geben, was dazu führe, dass drei zusätzliche Klassenräume benötigt würden.

Die GS Süd werde gerade erweitert, die Fertigstellung werde in ca. 4 Wochen erwartet.

Danach lenkte Hr. Müller den Blick auf die Seiten 30 – 32 der Anlage zur Sitzungsvorlage: Seite 30 zeige, dass die Klassenzahl laut Prognose von 43 auf 57 steigen werde, d.h. um 14 Klassen. Auf Seite 31 ließen sich die bestehenden Grundschulbezirke erkennen, auf Seite 32 dann, wo sich etwas tun müsse, was noch Gegenstand eines folgenden Tagesordnungspunktes sei.

Vorschlag sei eine Änderung der Schulbezirke der GS Pestalozzi und der GS Thomas-Nast. Die Auswirkungen für die GS Pestalozzi ließen sich der Tabelle 4.2 entnehmen: Hier gebe es dann noch maximal 16 Klassen, die auch in die GS Pestalozzi passen würden.



Bei der GS Thomas-Nast müssten für dann maximal 18 Klassen 6 Klassenräume + Nebenräume + Mensa errichtet werden, im letzten Jahr seien hier nur 4 zusätzliche Räume zzgl. Nebenräume + Mensa angedacht gewesen.

Der Vorsitzende fasste zusammen:

Es gebe einen Handlungsbedarf an den innerstädtischen Schulen betreffend mehr Klassensälen und Funktionsräumen.

Um zu vermeiden, dass die GS Pestalozzi im Innenstadtbereich übermäßig groß würde, sei die GS Thomas-Nast in den Blick geraten, da an diesem Standort entsprechende Flächen zur Verfügung stünden und die Schulbezirksgrenzen nur geringfügig geändert werden müssten.

Dies sei sicherlich eine Herausforderung für die GS Thomas-Nast, aber wohl der sinnvollste Weg.

Die Schulen sollten in ihrer Sozialstruktur gemischt bleiben und es solle nicht an allen Bezirken gerüttelt werden.

Bei dem Vorschlag handele es sich um einen „minimalinvasiven Eingriff“, auch im Hinblick auf den zeitlichen Hintergrund.

Die Lösung würde von den Grundschulen mitgetragen.

Anschließend gab der Vorsitzende das Thema zur Diskussion.

Hr. Kolain berichtete, dass die Grünen die Erweiterung der Standorte anstatt von Neubauten befürworten. Der Vorschlag sei nachvollziehbar, durchdacht und als positiv zu sehen.

Hr. Eggers äußerte, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag auch als durchdacht sehe und sie diesen begrüßen.

Jedoch wollte er speziell auf die GS Pestalozzi eingehen: Diese sei auch bereits mit 16 Klassen überlastet, da nach deren Kenntnisstand Kunst- und Musikräume zu Klassensälen werden müssten. Kunst und Musik seien aber Kernstücke.

Die CDU möchte daher darauf drängen, dass, sofern es zu einer etwaigen Erweiterung der Verwaltung komme, die Fachräume wieder zurück an die Schule gehen.

Hr. Müller erläuterte hierzu, dass die aus den 1970er Jahren bestehende, aber noch aktuelle Schulbaurichtlinie, als Richtschnur für die Stadt und auch die ADD gelten. Die ADD erkenne aufgrund dieser Fachräume für Kunst und Musik nicht an, d.h. diese wären eine freiwillige Leistung, die wohl aufgrund der defizitären Haushaltslage nicht machbar wäre.

Der Vorsitzende warf ein, dass man den Wunsch der CDU-Fraktion mitnehme, evtl. würden sich die Richtlinien im Laufe der Zeit ja ändern. Zusagen oder Versprechen in diese Hinsicht könnten jedoch nicht getätigt werden.

Hr. Eggers bat nochmals darum, für entsprechende Räume zu kämpfen.

Hr. Haug sprach davon, dass die Stadt beim Bau von Kindergärten mutig sei, ein Neubau von Schulen sei aber nicht gewollt, was er nicht nachvollziehen könne.

Der Vorschlag sei für ihn nur eine Notlösung.

U.a. der Weg zu den Schulen würde weiter.

Er hakte nach, warum es keinen Grundschulneubau geben soll.

Der Vorsitzende beantwortete dies damit, dass dies im Stadtrat anderweitig beschlossen worden sei, es solle keinen Neubau geben.



Hr. Freiermuth meinte, dass das, was von Herrn Eggers eingebracht wurde, gegenüber der ADD vertreten werden sollte. Diese solle dann sagen, ob sie tatsächlich eine Absage erteilen.

Er wollte im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung noch das Thema Lehrkräfte zu bedenken geben, außerdem, dass der alte Schulentwicklungsplan nicht fundiert gewesen sei und sich evtl. auch beim aktuellen wieder Änderungen zeigen könnten. Er erkundigte sich, ob das Thema Mensa an der GS Thomas-Nast und der BBS evtl. parallel laufen könne und gab den Hinweis, dass der Name „Europaviertel“ noch nicht offiziell sei.

Hr. Dr. Ingenthron führte hierzu aus, dass die Mensa an der BBS und der GS Thomas-Nast nicht zusammenpassen würden und zeitlich auch nicht zusammen möglich seien. Die Thematik der Lehrer sei Landessache und deren originäre Aufgaben. Die Schülerzahlen lägen dort aber auch vor.

Fr. Bernzott-Uhl erkundigte sich, ob ein Puffer für Räume für die Förderung und Inklusion vorgesehen sei.

Hr. Müller erklärte, dass auch dieses Thema in der vorgenannten Schulbaurichtlinie noch nicht angekommen sei.

Nach den Kriterien für den vorgeschlagenen Zuschnitt, z.B. den Schulweg betreffend und wo im Zusammenhang mit den vorgesehenen Gebäudeerweiterungen die zusätzlichen Räume benötigt werden, erkundigte sich Hr. Maaß.

Bezüglich der Frage zu den Erweiterungen verwies Hr. Müller auf den nächsten Tagesordnungspunkt.

Hinsichtlich der Kriterien habe man den Fokus darauf gelegt, dass der Schulweg max. 2 km entsprechend der Vorgabe aus dem Schulgesetz nicht überschreite, was auch durchgeprüft worden sei. Man habe zudem die Aussage der Polizei, dass sich an der Gefährlichkeit des Weges nicht ändere.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es laut Polizei im letzten Schuljahr keine Schulwegunfälle bei den Grundschulen gegeben habe.

Fr. Jacobs bemerkte, dass nicht nur Kunst- und Musikräume bedacht werden sollten, sondern auch die Thematik Differenzierungsräume, größere Lehrerzimmer, größere Mensa und Räume für den Nachmittag.

Sie warf ein: Ganztageschule oder Aufbewahrungsstätte?

Sie sei der CDU für deren Bitte dankbar.

Hr. Fromm äußerte noch Sorgen zur Thematik Autos und der Lehrerausbildung in Musik. Er wolle hierzu einen Mailkontakt mit der Verwaltung aufnehmen.

Daraufhin stellte der Vorsitzende fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gab.

Er leitete zur Abstimmung über.

Der Schulträgerausschuss empfahl den weiteren Gremien, abschließend dem Stadtrat, einstimmig:



Die vorgelegte Schulentwicklungsplanung 2019 – Teilfortschreibung Grundschulen wird vom Stadtrat beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Information zur notwendigen baulichen Erweiterung von Grundschulen

Der Vorsitzende erteilte Hr. Götz das Wort.

Dieser erklärte, dass man mit drei Erweiterungen, die relativ zeitgleich laufen müssten, vor einer großen Herausforderung stehe.

An der Grundschule (GS) Thomas-Nast müssten nach aktuellem Stand sechs weitere Säle und zusätzliche Nebenräume angebaut werden.

Bei der ADD seien bauliche Änderungen an die Änderung der Schulbezirke gebunden.

Die ADD wird dann zu gegebenem Zeitpunkt entsprechende Vorgaben machen.

Für die Antragsstellung in diesem Jahr für eine Förderung sei es zu spät.

Bis zum 15.08.2020 sei eine Voranmeldung bei der Aufsichtsbehörde erforderlich, damit der Bau 2021 beginnen kann und zum Schuljahr 2022/2023 dann steht.

Die Erweiterung an diesem Standort sei in Richtung BBS / Horstsportplatz vorgesehen.

Betreffend der GS Wollmesheimer Höhe und Queichheim stelle sich die Lage anders dar, eine Antragsstellung wäre dieses Jahr noch möglich. Jedoch wünscht die Aufsichtsbehörde die aktuellsten Einwohnerzahlen, die wohl Ende September vorliegen könnten.

Wenn der Aufsichtsbehörde die Zahlen geliefert wurden, erhalte man die Info, was gebaut werden dürfe.

An der GS Wollmesheimer Höhe seien aktuell zwei Räume + Nebenräume in Richtung des Sportplatzes vorgesehen.

An der GS Queichheim sei eine Erweiterung auf der Schulwiese vorgesehen, der Pausenhof wäre dann noch vorhanden, das Sparkassengebäude würde beim aktuell geplanten Anbau von drei Sälen + Bibliothek (zuvor geplant: zwei Säle + Mehrzweckraum) nicht mehr benötigt.

Es sei barrierefrei zu bauen.

Hr. Fromm erkundigte sich, was es bedeute, dass barrierefrei gebaut werden müsse.

Hr. Götz erläuterte, dass Neubauten barrierefrei sein müssen, der Rest habe Bestandschutz.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Änderung von Grundschulbezirken

Der Vorsitzende gab das Wort an Hr. Müller.

Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 04.09.2019, auf die nebst Anlagen im Rahmen der Niederschrift hingewiesen wird.

Hr. Müller erklärte, dass die Änderung in Nußdorf mit dem Neubaugebiet keine Auswirkungen habe.

Auswirkungen habe jedoch die geplante Verschiebung von der Grundschule (GS) Pestalozzi zur GS Thomas-Nast.

Nur einzuschulende Schüler müssten der Neuordnung folgen, ein Wechsel von Geschwisterkindern sei bei entsprechenden Kapazitäten möglich.

Der neue Zuschnitt solle ab dem Schuljahr 2021/2022 gelten.

Die Grenze von zwei Kilometern betreffend des Schulweges würde nicht überschritten.

Die Unterlagen würden der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) zugeleitet, wenn der entsprechende Beschluss im Stadtrat gefasst sei.

Es sei, wie den Karten in der Anlage zur Vorlage zu entnehmen, das Gebiet südlich der Rheinstraße betroffen, der Bezirk der GS Thomas-Nast verschiebe sich weiter nach Süden.

Fr. Bernzott-Uhl merkte an, dass die Darstellung nicht richtig sei, die GS Wollmesheimer Höhe sei nach Wollmesheim abgerutscht bzw. die Bezeichnung sei nicht korrekt.

Der Vorsitzende bedankte sich für den Hinweis und erklärte, dass dies korrigiert würde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr zu erkennen waren, leitete er zur Abstimmung über.

Der Schulträgerausschuss empfahl den weiteren Gremien, abschließend dem Stadtrat, einstimmig:

Die Festlegung bzw. Änderung der Grundschulbezirke zum Beginn des Schuljahres 2021/2022 wird vom Stadtrat gemäß der Beschreibung in der Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 04.09.2019 nebst Anlagen beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Information zum DigitalPakt Schule 2019 - 2024

Der Vorsitzende verwies auf die Informationsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 10.09.2019, die nebst Anlagen dieser Niederschrift beigelegt ist.

Er führte aus, dass gut zu überlegen sei, wie man mit den knapp 3,5 Mio. € aus dem DigitalPakt umgehe. Es sein eine Bestandsaufnahme in Auftrag gegeben worden, um zunächst ausloten zu können, welche Ausstattung überhaupt vorhanden sei und das Geld letztendlich klug, nachhaltig und gerecht zu verteilen und eine Gleichwertigkeit der Ausstattung an allen Schulen zu erreichen.

Eine große Thematik sei noch die Betreuung: Soll diese z.B. über eine Schul-IT-Abteilung oder eine externe Firma laufen o.ä.?

Ziel sei es, ein gutes und langfristig wirkendes Ergebnis zu erzielen.

Hr. Müller erläuterte die wesentlichen Eckpunkte der vorgenannten Informationsvorlage zum DigitalPakt, der am 06.07.2019 in Kraft getreten sei.

Unterm Strich stünden in Landau 3,5 Mio. € zur Verfügung, wovon 350.000 € vom Schulträger zu tragen seien.

Im Haushalt 2020 sollen zunächst die Kosten für die notwendige Verkabelung der Gebäude veranschlagt werden.

Große Themen seien in diesem Zusammenhang noch, dass beispielsweise ein etwaig notwendiger Austausch der Hardware in 5 Jahren über den städtischen Haushalt finanziert werden und alle möglichst gleich ausgestattet werden müssten, damit der Support händelbar bleibe sowie das Thema des Breitbandausbaus.

Im nächsten Jahr sollen zunächst die Voraussetzungen geschaffen, 2021 dann die eigentliche Ausstattung beschafft werden.

Seine Zustimmung zu der von Hr. Müller benannten Vorgehensweise drückte Hr. Freiermuth aus.

Beim DigitalPakt ginge es auch um Kompetenzvermittlung.

Zu beachten sei, dass Windows 7 als Betriebssystem auslaufe und darauf zu achten sei, dass für Windows 10 die entsprechende Hardware vorhanden sei.

Fr. Jakobs stellte fest, dass die zugrunde gelegten Schülerzahlen die bestehenden Zahlen seien und erkundigte sich, ob sich die zu erwartenden steigenden Schülerzahlen auswirken.

Hr. Müller führte aus, dass für den DigitalPakt die Schülerzahlen des Schuljahres 2018/2019 relevant seien und Änderungen nicht einfließen würden.

Man wolle mit der Umsetzung schnell sein, um evtl. mehr Geld aus dem Topf zu erhalten.

Hr. Fromm warnte davor, „mit dem Einkaufswagen loszugehen“ und gedankenlos Anschaffungen zu tätigen.

Es müssten zwei „Digitalhausmeister“ gestellt und die Thematik des Datenschutzes beachtet werden. Hier brauche es einen Server für alle Landauer Schulen.

Ein „Auftrag“ zur Erstellung eines Konzeptes u.a. zum künftigen Support sei an das städtische IT-Amt gegeben worden, so Hr. Müller.

Er bemängelte, dass der DigitalPakt keine Gelder für den dauerhaften Support vorsehe. Daher sei es wichtig, dass zumindest Standards geschaffen werden.



Die Anschaffungs- und Personalthemen müssten parallel laufen. So seien bzgl. des DigitalPaktes Schulamt, GML und IT-Amt mit verschiedenen Zuständigkeiten involviert.

Hr. Schabowski schilderte, dass „seine“ Schule bereits jetzt schon 60.000 € bräuchte und es einer Flexibilität bei den Mitteln bedürfe.

Hr. Müller erklärte, dass derzeit vorgesehen sei, 30% im Jahr 2020, 50 % im Jahr 2021 und 20 % im Jahr 2022 zu veranschlagen. Es gebe eine „Einkaufsliste“ aus einer Landesvergabe, so dass es zu keiner größeren Vergabethematik kommen sollte.

Zu bedenken gab Hr. Schabowski weiter, dass man u.a. bzgl. der steigenden Schülerzahlen in den Grundschulen auch an die weiterführenden Schulen denken müsste, die die Grundschüler nach der Grundschulzeit aufnehmen.

An den weiterführenden Schulen gebe es keine bauliche Thematik, so Hr. Müller. Es liefe darauf hinaus, dass die Kinder aus dem Landkreis dann grds. auch dortige Schulen besuchen müssten anstatt nach Landau zu kommen.

Hr. Haug ging verstärkt auf die Administration ein und schilderte, dass hierfür an der Integrierten Gesamtschule (IGS) aktuell ein Mann zuständig sei, der aufgrund von Überbelastung krank sei.

Er sei nicht bereit, Leute kaputt zu machen und erwarte von der Stadt eine entsprechende Administration.

Zudem müsse man bei dem Thema die Gesellschaft und die Eltern mehr mit ins Boot nehmen. So sei er in einer Schule zu Besuch gewesen, in der jeder Schüler ein IPAD hatte. Das wünsche er sich auch für hier. Die Stadt solle sich diesbezüglich Gedanken zu möglichen Leasingverfahren und Finanzierungen machen.

In 2021 schon Geld auszugeben, gehe ihm zu schnell. Man müsse hier nochmal überlegen und sich mit den Schulen zusammensetzen.

In die gleiche Richtung wie Hr. Haug äußerte sich auch Hr. Peters: Sie freuten sich über ein gutes Budget, dies sei aber zugleich eine Chance, weiterzudenken und ein „großes Rad“ zu bewegen.

Der richtige Weg liefe nach seiner Ansicht über „bring your own device“ – d.h. jeder Schüler sollte sein eigenes Tablet bzw. seinen eigenen Laptop o.ä. haben, was auch zu weniger Papierkosten und Bücherkosten führe.

Der DigitalPakt sei toll, wichtig sei aber, eine Vision aufzubauen und nicht schnell, sondern gut überlegt zu handeln.

Um zu vermeiden, dass Geräte nicht nach fünf Jahren in der Ecke stünden, sei die Administration wichtig.

An der Berufsbildenden Schule (BBS) sei bereits eine Person hierfür abgestellt, sie bräuchten also alleine einen Administrator.

Die Kollegen seien überlastet und fehlten im Unterricht.

Eine externe Vergabe der Administration sei aber sicherlich teuer.

Als „oldschool“ bezeichnete Hr. Fromm die Computersäle. Jeder Schüler sollte ein Digitaltool sozusagen als Block und Stift haben.

Er forderte, die Thematik „bring your own device“ explizit in die Niederschrift aufzunehmen und weiter zu verfolgen.



Hr. Eggers sagte, dass es bereits ein Konsenspapier zwischen Schulen gebe und er habe das Gefühl, dass alle an einem Strang ziehen.

Es solle Richtung Endgerät für jeden Schüler gehen. Allerdings sehe auch er in der entsprechenden Betreuung eine große Problematik.

Es bräuchte zentral zwei bis drei „IT-Manager“. Fraglich sei jedoch, ob die Betreuung durch die Lehrer dann komplett wegfallen müsse.

Sein Vorschlag sei eine zentrale Betreuung für große Themen und eine Person vor Ort. Über die Lehrer zu behaupten, dass sie das nicht könnten, sei nicht in Ordnung.

Endgeräte für einzelne Schüler seien im DigitalPakt nicht vorgesehen, so Hr. Müller.

„Bring your own device“ liege damit außerhalb des DigitalPaktes.

Dass Lehrer den Umgang bzw. die Betreuung generell nicht könnten, sei so nie gefallen oder gemeint gewesen.

Hinsichtlich der Betreuung habe das Land bislang unterschiedliche Strukturen geschaffen, z.T. hätten Schulen eigene IT-Assistenten, z.T. nicht.

Unabhängig davon habe sich die Stadt entschlossen, ein Konzept zu den Haushaltsberatungen 2020 zu erarbeiten, in dem es u.a. darum gehen soll, ob mit eigenem Personal oder einer Fremdfirma bzgl. der Betreuung gearbeitet werden soll, inkl. Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Als Lehrerin an der Montessorischule könne sie, so Fr. Bommersbach, berichten, dass es dort bereits gefördert werde, dass Schüler ihre eigenen Geräte mitbringen.

Der Umgang mit Schullaptops sei immer schwierig, mit ihren eigenen Geräten gingen die Schüler viel sorgsamer um.

Sie merkte an, ob es nicht möglich sei, dass die Stadt das Thema „bring your own device“, losgelöst vom DigitalPakt, anderweitig auf den Weg bringen kann.

Hr. Emmerich brachte an, dass man bei „bring your own device“ gerade auch hinsichtlich der späteren Betreuung darauf achten müsste, dass alle mit dem gleichen Betriebssystem arbeiten.

Außerdem sei eine breitere Medienkompetenz bei den Lehrern erforderlich, gerade im Zusammenhang mit dem Thema Systemadministration.

Die Umsetzung einer Vision wie in der Sitzung zuvor angeführt nehme einige Zeit in Anspruch, so Hr. Schabowski. Die Haltbarkeit eines PC-Raumes liege bei drei bis fünf Jahren.

Bis zur etwaigen Verwirklichung der Vision und in der Übergangszeit seien weiterhin die „oldschool“ PC-Räume erforderlich, um die Schüler auf das „echte“ Leben vorzubereiten.

An „Versuchsschulen“ herrschten immer Sondersituationen.

Hr. Fromm hakte nochmal bzgl. „bring your own device“ nach, da dies laut einer vorangegangenen Aussage in der Sitzung nicht Teil des DigitalPaktes wäre, was seines Wissens nach aber das ursprüngliche Ziel gewesen sei.

Hr. Müller erläuterte, dass der DigitalPakt zur Vorbereitung eines etwaigen solchen Systems diene.

Hr. Fromm ergänzte, dass digitales Lernen nicht einem appbasierten Lernen entspreche.

Für die Grundschulen (GS) sprechen wollte Fr. Jakobs. Sie führte aus, dass mit der Heranführung auch auf „oldschool“ Art und Weise spätestens ab der dritten Klasse begonnen werden sollte.



Hierzu hätte aber z.B. die GS Pestalozzi gar keinen Platz bzw. räumliche Möglichkeiten.

Hr. Niederberger erkundigte sich in der Runde, ob jemand aus der IT-Branche käme und sich mit dem Thema tatsächlich auskenne.

Mangels positiver Rückmeldung hierzu schlug Hr. Niederberger die Durchführung einer Workshops „Schule 2029“ mit Experten und interessierten Personen zu den Thematiken: Was ist die Vision?, Wie ist deren Gestaltung möglich? Was ist die Zukunft / in fünf Jahren?

Digitale Kompetenz beziehe sich nicht (nur) auf die Hardware, sondern auf die Frage des Umgangs mit dieser.

Im Zusammenhang mit den Themen Nachhaltigkeit und der Auszeichnung der Landaus als Fairtrade-Stadt bat Fr. Bommersbach darum darauf zu achten, dass bei einer Anschaffung faire Firmen bevorzugt und entsprechende Geräte angeschafft würden.

Hr. Müller verwies auf das Vergaberecht.

Der Vorsitzende wies noch auf das Thema des Stromverbrauches hin, wenn für jeden Schüler ein eigenes Gerät angeschafft würde.

Man stehe aktuell nicht kurz vor der Verwirklichung der Vision, so Hr. Schabowski, vielmehr sei aktuell die Frage, wie man schnelles Internet an die Schulen bekommen könne. Dann sei das meiste Geld aus dem DigitalPakt wohl schon weg.

Außerdem brauche man jemanden, der sich darum kümmert.

Wie es in zehn Jahren aussieht, das könne aktuell wohl noch keiner sagen.

Fr. Blädel erklärte, dass z.B. an der BBS mit der Möglichkeit des Fachabiturs im Bereich Technik wichtig sei, dass das WLAN in den Klassensälen richtig funktioniert.

Aus Erfahrungsberichten ihres Sohnes heraus könne sie mitteilen, dass sich auch die Lehrer schwer täten.

Einen entsprechenden Workshop wie vorgeschlagen erachte sie als wichtig und sinnvoll.

Hr. Niederberger ergänzte, dass man klar heute noch nicht sagen könne, was in zehn Jahren sei. In einem etwaigen Workshop ließen sich aber ggfs. Prioritäten zum flexibel einsetzbarem Geld erarbeiten.

Der Vorsitzende schloss mangels weiterer Wortmeldungen den Tagesordnungspunkt, in dem er die Themen Digitalisierung und Daten als die Herausforderung des 21.

Jahrhunderts im Bereich der Infrastruktur bezeichnete und ausdrückte, dass auch über den DigitalPakt und die entsprechenden 3,5 Mio. € hinaus viel zu tun sei, wobei sich auch schon viel getan habe.

Man wolle sich nun gemeinsam auf den Weg begeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verlagerung und Neubau der Jugendverkehrsschule

Der Vorsitzende erläuterte, dass es hinsichtlich der Jugendverkehrsschule zunächst städtische Intention gewesen sei, die sanierungsbedürftige Anlage am bestehenden Standort zu belassen und auszubauen.

Dies habe der Rechnungshof im Bereich der freiwilligen Leistungen moniert und an die Stadt herangetragen, Alternativen zu suchen.

Städtisches Ansinnen sei weiterhin eine zentrale Anlage.

Man stehe hier mit den Leitungen der Grundschulen (GS) und Förderschulen (FS) in Gesprächen, die Diskussionen befänden sich im Fluss.

Als Alternativen käme ein Platz westlich der Sporthalle der Integrierten Gesamtschule (IGS) und ein Platz an der GS Horstring, weiter nördlich vom bisherigen Platz, in Frage.

Die Schulleitungen hätte mitgeteilt, dass ein Schulungsraum nicht zwingend nötig sei.

Man sei dabei, die jeweiligen Vor- und Nachteile zu bilanzieren, dann solle nochmals ein Gespräch mit den Grundschulleitungen stattfinden.

Auf alle Fälle werde man eine moderne Anlage bekommen.

Fr. Jakobs erklärte, dass sie sich freue, dass die Stadt den etwaigen Standort an der IGS nochmal überdenke, dieser sei für Grundschulkindern suboptimal. Sie bevorzuge die Alternative im Horstring.

Hr. Eggers betonte, dass die Ertüchtigung des Übungsplatzes insbesondere durch die steigende Anzahl der Fahrradfahrer und für die Sicherheit im Straßenverkehr wichtig sei.

Auch die CDU sehe den etwaigen Standort an der IGS als suboptimal an und begrüße es, dass dies nochmal überdacht würde. Auch sie bevorzugten den Horstring.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtete bzgl. des Bewegungsbades der Paul-Moor-Schule, dass man in der letzten Sitzung die Ertüchtigung des Bades für 2,5 Mio. € beschlossen habe. Die Alternativen seien geprüft worden, letztendlich sei man zu dieser Lösung gekommen.

Die Sanierung werde mit dem Gebäudemanagement auf den Weg gebracht.

Man hoffe auf das Vorliegen des Förderbescheides zum 40-jährigen Jubiläum der Schule im Jahr 2021.

Weitere Punkte gab es von seiner Seite aus nicht.

Fr. Bommersbach erkundigte sich noch, ob es an den Schulen noch weitere Möglichkeiten gebe, CO₂ einzusparen bzw. ob hier etwas in Planung sei. Durch die Digitalisierung bräuchte man zwar weniger Papier, aber der CO₂-Ausstoß steige weiterhin.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies schon seit vielen Jahren Thema sei. So sei z.B. Hr. Kasprzyk beim Gebäudemanagement als „Energiemanager“ eingestellt worden. Evtl. könne dieser seine Arbeit im Werks- oder Umweltausschuss vorstellen.

Hr. Müller ergänzte, dass er für den Haushalt 2020 z.B. auch Mittel für eine Baumbepflanzung an der BBS vorgesehen habe.

Am ESG gebe es z.B. auch einen Arbeitskreis, so der Vorsitzende. Es sei viel in Bewegung und man habe bereits respektable Ergebnisse erzielt.

Fr. Bommersbach fragte nochmals nach, ob es z.B. auch Möglichkeiten im Bereich der Schulverpflegung gebe.

Es werde von Seiten der Caterer darauf geachtet, dass es im Winter keine Erdbeeren gebe und regionale Produkte angeboten werden, so Hr. Müller. Dies sei schon seit Jahren der Fall.

Der Vorsitzende meinte, dass künftig vllt. Bewegung in die Sache kommen und man darauf achten werde.

Hr. Kolain merkte an, dass eine Vorstellung von Hr. Kasprzyk und der Thematik im Umweltausschuss zu begrüßen wäre.

Fr. Jakobs brachte schließlich noch das Thema Saatkrähen aus dem Schulelternbeirat ein:

Es sei ein Konzept vom Dezernenten Hr. Klemm vorgestellt worden, der diese Position nun nicht mehr innehat.

Man habe sich nun die Frage gestellt, ob sich an dem Plan dadurch nun etwas ändere.

Der Vorsitzende sagte, dass die Stadt Landau die Thematik sicherlich noch im Blick habe.

Hr. Kolain pflichtete diesem bei.



Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Schulträgerausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 19.09.2019 umfasst 8 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis xxx.

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Julia Mayer
Schriftführer